

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

auch Sachsen hat jetzt endlich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des hiesigen Behördenversagens beim Umgang mit dem Neonazi-Terrornetzwerk. Ein Aufatmen ging durch die Öffentlichkeit, als es nach Thüringer Landtag und Deutschem Bundestag auch das sächsische Landesparlament Anfang März geschafft hatte, sich mit einem entsprechenden Gremium in die bundesweiten Bemühungen um Erklärung des scheinbar Unerklärlichen einzubringen: Wie konnte Neonazis von Sachsen aus über ein Jahrzehnt lang unbehelligt mutmaßlich mindestens zehn Morde begehen?

Es ist gut, dass LINKE, SPD und GRÜNE diesen U-Ausschuss gemeinsam eingesetzt haben. Es ist bedauerlich, dass sich CDU und FDP im Unterschied zu Erfurt und Berlin dieser Aufgabe entzogen haben. Hätte die sächsische Koalition nach Monaten des Bremsens und Blockierens von Aufklärung jetzt wenigstens ein Mindestmaß an Sachlichkeit wahren lassen, könnte man manche Konflikte der letzten Monate zu diesem Thema abhaken. So aber wurde von CDU und FDP wider besseres Wissen die NPD als Nutznießerin dieses U-Ausschusses hochstilisiert, obwohl sie mit nur einem Vertreter keinen einzigen Beweisantrag durchbringen kann und die Zeugenvernehmungen dort – im Gegensatz zu den oftmals sicherheitsrelevanten Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses, wo die NPD seit Jahren sitzt – ohnehin öffentlich sind.

Doch die demokratische Opposition wird entschlossen aufklären, was Schwarz-Gelb offenbar lieber vertuschen will!

A. Hahn

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Kein Plan. Nirgends. – Halbzeit bei Schwarz-Gelb

Kurz nachdem Stanislaw Tillich per Regierungserklärung („Moderne Heimat – Sachsen hat Zukunft“) die Errungenschaften von Schwarz-Gelb gelobpreist hatte, beschied eine aktuelle Meinungsumfrage der CDU/FDP-Koalition den Verlust ihrer Regierungsmehrheit. Nach zweieinhalb Jahren Schwarz-Gelb würden nur noch 45 Prozent (CDU 43 %, FDP: 2 %) diese Regierung wählen. Klarer hätte eine Bestätigung der Kritik der LINKEN an der rosaroten Zwischenbilanz der Staatsregierung kaum ausfallen können.

Dr. André Hahn, der für die LINKE auf Tillichs wenig souverän vorgetragene Halbzeitbilanz erwiderte, entlarvte den schwarz-gelbe Koalitionsvertrag nach einem Abgleich von „Soll“ und „Haben“ als Makulatur: „Die einzigen greifbaren Effekte dieser Koalition sind die Möglichkeit, sonntags Videos ausleihen und Auto waschen zu können und ein Behörden-Umzugszirkus, der zunächst Umbaumaßnahmen in dreistelliger Millionenhöhe verursacht, während Einspareffekte ungewiss sind. Drei Minister von Schlüsselressorts – Kultur, Inneres sowie Wissenschaft und Kunst – stehen vor dem Offenbarungseid, weil es zu wenige Lehrer/innen, zu wenige Polizist/innen und zu wenige Lehrkräfte an Hochschulen gibt. Der Ministerpräsident nimmt nie seine `Richtlinienkompetenz` wahr, um eine Lösung der Probleme voranzubringen. Seine einzige Vorgabe war: Bis Ende des Jahrzehnts 70.000 Landesbedienstete, also ein Fünftel weniger. Niemand in der Regierung weiß offenbar,

wie das gehen soll, am wenigstens Herr Tillich selbst.“

In Verlauf seiner Rede kritisierte André Hahn u.a. die Blockadehaltung der Regierung bei der Aufklärung der Mordserie des NSU und die Lächerlichkeit „sächsischer Demokratie“ am 13. Februar in Dresden: „Eine vom Verfassungsgericht gescheiterte bundesweit einmalige Versammlungsgesetz-Verschärfung, der für rechtswidrig erklärte Polizeieinsatz im Dresdner Haus der Begegnung und die umstrittene Erfassung von mehr als einer Million Handydaten stehen für den Versuch massiven Grundrechtsabbaus unter Beteiligung eines FDP-Justizministers“, so Hahn. Wirtschaftsminister Morlok (FDP) ist für Hahn ein „Totalausfall“, von dem nur zwei Dinge übrig bleiben werden: Erfolgreiche Werbung um Rückkehrer mit Eierschecken und eine maßlos überteuerte Schreibtischlampe: „Die unter Schwarz-Gelb fortgesetzte Niedriglohnstrategie hat die

Abwanderung junger hochqualifizierter Menschen weiter verschärft. Statt Zukunftspotenziale zu fördern hat Schwarz-Gelb die Hand fürs `Mövenpick-Steuerprivileg` gehoben, was Steuerausfälle bringt, während in Sachsen Jugend- und Sozialarbeit zusammengestrichen werden.“ Als weitere Kritikpunkte benannte DIE LINKE u.a. das kostenintensive, arbeitsplatzvernichtende und bürgerfeindliche Standortgesetz („Behördenmonopoly“), die Unterfinanzierung der Hochschulen und das Festhalten an schlecht bezahlten, prekären Beschäftigungsverhältnissen. Und die Planlosigkeit bei der Bekämpfung des Lehrermangels, die unterdessen sogar den Kultusminister hat das Handtuch werfen lassen. „Diese Staatsregierung hat im Unterschied zu allen Kabinetten in Dresden seit 1990 überhaupt keinen Plan, nicht mal einen schlechten“, so das Regierungs-Halbzeitresümee aus Sicht der LINKEN.



Foto: efa

LINKE Bundespräsidenten-Kandidatin Klarsfeld in Dresden

Die Kandidatin der LINKEN für das Amt der Bundespräsidentin, die international bekannte und geachtete Antifaschistin Beate Klarsfeld, besuchte im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl Sachsens Landeshauptstadt. Mit Ihrem Besuch folgte

die 73-Jährige der Einladung sächsischer LINKER Politiker/innen vom Stadt- und Landesverband. Aus der Landtagsfraktion DIE LINKE begleiteten Fraktionsvorsitzender Dr. André Hahn und Annetrin Klepsch, Vize-Fraktionschefin und

Ko-Stadtvorsitzende in Dresden, die Deutsch-Französin auf ihrer Stippvisite, bei der sie die Jüdischen Gemeinde besuchte, an der Gedenktafel zur Erinnerung an die Deportation der Dresdner Juden am Neustädter Bahnhof Blumen niederlegte und eine Gesprächsrunde im Kino „Casablanca“ bestritt. In der Synagoge fand die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Nora Goldenbogen herzliche Worte für die als „Nazijägerin“ bekannte Persönlichkeit.



v.l.n.r.: Dr. André Hahn, Katja Kipping, Annetrin Klepsch, Beate Klarsfeld, Caren Lay, Nora Goldenbogen

Foto: DIE LINKE Sachsen

Sieben Wahlmänner und -frauen hatte die Linksfraktion zur Bundespräsidentenwahl entsandt, darunter Kandidatin Beate Klarsfeld, die Sprecherin des Landesverbandes Sachsen VVN-BdA Regina Elsner und Anni Fischer, Sprecherin der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS).

Weg mit der Praxisgebühr? Nicht mit Schwarz-Gelb in Sachsen.

Dass FDP und LINKE mal ein- und dieselbe Forderung erheben würden, schien bis zu dem von der Bundes-FDP ausgehenden Ruf nach Abschaffung der Praxisgebühr unwahrscheinlich. Doch während die Bundes-Gelben via Internet sogar Stimmen gegen die Praxis-Maut sammeln, hält die Sachsen-FDP tapfer dagegen und stimmte im Plenum gegen den Antrag der LINKEN, der die ersatzlose Streichung der unsinnigen Gebühr fordert. (Drucksache 5/0819).

Kerstin Lauterbach, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, nannte die Praxisgebühr „ein

unsägliches Bürokratiemonster“ und kritisierte, dass damit den gut ausgebildeten Krankenschwestern bislang rund 8,3 Mio. Arbeitsstunden „beschert“ wurden, in denen sie Verwaltungsaufgaben erledigen „durften“, statt sich um die Patienten zu kümmern. „Die Praxisgebühr führt weder zu weniger Arztbesuchen noch zu mehr Gesundheitsbewusstsein. Die Zahl der Überweisungen ist sogar um mehr als 40 Prozent gestiegen. Die propagierte Steuerungswirkung der Praxisgebühr ist nicht eingetreten, deshalb muss man über das Thema reden“, begründete Lauterbach den Antrag unserer Fraktion vorm Plenum.

Dem begegnete Gesundheitsministerin Christine Clauß (CDU) mit der Aussage, die Reserven müssten als Rücklage für schlechtere Zeiten gehütet werden. Mit „Reserven“ meint Clauß die fast 20 Mrd. Euro, die die Krankenkassen seit der Umwidmung der Praxistresen zu Kassenhäuschen gehortet haben und von denen eine Woche lang alle Leistungen im Gesundheitswesen bezahlt werden könnten.

„Bundesgesundheitsminister Bahr will das finanzielle Polster aber nicht für Beitragssenkungen verwenden und Finanzminister Schäuble möchte lieber die Zuschüsse von 14 Mrd. Euro zur Gesetzlichen Krankenversicherung im Haushalt 2013 um zwei Mrd. Euro kürzen. Das wär genau die Summe, die den Versicherten mit der Abschaffung der Praxisgebühr zugutekommen könnte. Wie gesagt, könnte, denn nun soll das finanzielle Polster zum Schuldenabbau im Bund erhalten. Die Gelackmeierten sind mal wieder die Versicherten. „Das Solidaritätsprinzip ist ausgehebelt. Die paritätische Verteilung der Kosten ist längst Geschichte. Zuzahlungen zu

Rezepten, Krankenhausbehandlungen, Zahnersatz u. ä. schröpfen Versicherte zusätzlich“, resümiert Lauterbach.

Auf die Anmerkung von Landesgesundheitsministerin Clauß, es sei statistisch nicht nachzuweisen, dass arme Menschen aufgrund der Praxisgebühr weniger zum Arzt gingen, empfahl Kerstin Lauterbach der CDU-Politikerin, den Betroffenen ins Gesicht und vor allem auf die Zähne zu schauen: „Dann können sie es sehen. Dafür brauchen sie keine Statistik.“

Die Linksfraktion forderte die Staatsregierung auf, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung auf jede geeignete Weise dafür einzusetzen, dass die Praxisgebühr ersatzlos gestrichen wird. Der LINKE Antrag wurde mit schwarz-gelber Landtagsmehrheit abgelehnt.



Peinlich, Peinlicher, Cohausz

Hinter dem wenig spektakulären Antragstitel „Personalpolitik der Sächsischen Staatskanzlei bei Spitzenbeamten auf dem Prüfstand“ (Drucksache 5/7283), den die Linksfraktion auf die Tagesordnung der 51. Plenartagung setzen ließ, verbarg sich ein für die Staatsregierung peinlich-brisantes Thema.

Ende 2009 hatte der frühere Europaparlamentarier und heutige Ministerpräsident Sachsens, Stanislaw Tillich, das ehemalige Mitglied des Vorstands der Europäischen Volkspartei (EVP), Johann-Adolf Cohausz – mittlerweile Generalkonsul in Dubai per „Handschlagvertrag“ als Regierungssprecher in den Freistaat geholt. „Die mehrjährige gemeinsame Zugehörigkeit der Herren zum EVP-Vorstand war offenbar das parteipolitische Fundament dieses Handschlags, denn fachliche Gründe sind bis heute nicht erkennbar“, vermutet der **haushalts- und**

finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Sebastian Scheel.

Statt mit geschliffenen Medieninformationen machte der einstige Generalkonsul im Vorjahr mit einer Medienschulung für 4.500 Euro pro Tag von sich reden. „Nach dem Maßstab der sächsischen Richtlinie zum Weiterbildungsscheck hätte Cohausz infolge seines fast fünfstelligen Monatseinkommens diese Schulung komplett selbst finanzieren müssen. Stattdessen spendierte die Staatskanzlei hundert Prozent der Aufwendungen dieses völlig überbewerteten Kurses. Offenbar wollte Herr Tillich mit einem ‚Weisen aus dem Morgenland‘ ein bisschen Glanz in sein dröges Herumverwalten bringen“, lästerte Scheel und verwies zugleich auf das aktuelle Youtube-Video mit Cohausz, das im Rahmen des „Dialogs für Sachsen“ im Web abrufbar

ist: „Dieses Video belegt zudem, dass die aufwändige Schulung null Effekt zeitigt hat.“

Der Hauptdarsteller des Clips ist nach Scheels Überzeugung offenkundig weder als Sprecher, Staatssekretär noch als Werbeträger geeignet, weshalb „Herr Tillich seine spektakulärste Fehlinvestition wieder zurück in die Wüste schicken“ sollte. „Es sei denn“, merkt der LINKE Haushaltspolitiker noch an, „der Ministerpräsident steht nach eigenem Selbstverständnis nicht einem Kabinett, sondern eine Kabarett vor“ ...



Tigerenten-Koalition ruiniert Sachsens Hochschulen

Gerhard Besier, Hochschulprofessor und leidenschaftlicher Analytiker, prophezeit Sachsens Hochschulen schwere Zeiten. Grund: die politische Zick-Zack-Tour von Schwarz-Gelb.

In seiner Rede zur Aktuellen Debatte auf Antrag der LINKEN („Keine akademische Flickschusterei in Sachsen – Hochschulen bedarfsorientiert finanzieren“) in der 51. Landtagssitzung kritisierte Besier, dass die Staatsregierung trotz steigender Studierendenzahlen an ihrem Sparkurs festhält, ohne dies faktengestützt zu kommunizieren oder gar gemeinsam mit den Hochschulen zu evaluieren: „Wenn die Wirtschaftskraft des Freistaates es nach Auffassung dieser Staatsregierung nicht zulässt, die 15 Hochschulen ausreichend zu finanzieren, dann muss sie handeln. Das tut sie aber nicht, son-

dern sie zögert das Unvermeidliche hinaus und bringt es dadurch fertig, die sächsischen Hochschulen im nationalen Wettbewerb immer weiter nach unten zu drücken.“ Direkt an die Staatsregierung gewandt, fordert Besier: „Wenn Sie wirklich zu ihrer unerbittlichen Sparpolitik stehen wollen, dann müssen sie harte Einschnitte vornehmen und den Wählern erklären, warum es für Sie wichtiger ist zu sparen, als die Hochschulen an die nationale Spitze zu bringen. Oder Sie müssen den Wählern erklären, dass Sie beschlossen haben, die Kapazitäten um ein Drittel zu reduzieren, also Hochschulen zu fusionieren, zu schließen, umzustrukturieren, so dass am Ende sehr viel weniger Studienplätze und Forschungsstätten übrig bleiben – allerdings könnten die dann ausreichend finanziert werden. Aber Sie tun eben weder das Eine, noch das andere, sie war-

ten ab und zögern die notwendigen Entscheidungen hinaus.“

Prof. Besier kennzeichnet Sachsens Hochschulpolitik als „konzeptionslos“ und auf „Zick-Zack-Kurs“: Einerseits wirbt der Freistaat bundesweit um Studenten, auf der anderen Seite hält das Land an den geplanten Stellenstreichungen fest und schwächt damit die Hochschulen. „Wenn die schwarz-gelbe Staatsregierung so weitermacht, dann werden keine auswärtigen Studierenden mehr kommen, und die sächsischen Abiturienten werden ebenfalls das Weite suchen. Die Spitzenkräfte werden Sachsen verlassen und in jene Länder gehen, die ihre Hochschulen besser ausstatten und ihre Professoren anständig bezahlen. Dann ist die sächsische Universitätslandschaft wirklich ruiniert“, mahnt Besier.



Westsächsische Hochschule Zwickau

Staatsregierung ignoriert Datenschutzbeauftragten

Am 8. März nahm der Landtag erstmals öffentlich Stellung zum Sonderbericht des Datenschutzbeauftragten zu den Dresdner Funkzellenabfragen vom Februar vergangenen Jahres. Für DIE LINKE forderte die **Sprecherin für Datenschutz, Julia Bonk** (Foto), dass alle von der Ausspähung Betroffenen zu benachrichtigen sind. Die Staatsanwaltschaft will maximal die rund 700 Personen, die einen Auskunftsantrag zur unverhältnismäßigen Handydaten-Rasterfahndung

gestellt haben, über die Erfassung oder Nicht-Erfassung ihrer Daten informieren. „Das läuft der Forderung des Datenschutzbeauftragten zuwider. Wie diese sind viele der in seinem Bericht enthaltenen Forderungen noch nicht umgesetzt“, kritisierte Bonk. Zu der zum Zeitpunkt des Berichts noch nicht bekannten 48-Stunden-Überwachung am Haus

der Begegnung fordert DIE LINKE einen weiteren Sonderbericht und kündigte an, die Unrechtmäßigkeit dieses Einsatzes vor Gericht feststellen zu lassen.



DIE LINKE setzt sich mit einem eigenen Gesetzesvorschlag für die Stärkung der Rechte des Datenschutzbeauftragten und seine wirkliche Unabhängigkeit ein.



Plenarspiegel März 2012

Am 5. und 6. März 2012 fand die 51. und 52. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Folgende parlamentarische Initiativen wurden von der Fraktion DIE LINKE eingebracht:

Dringlicher Antrag (DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zum Thema:

„Untersuchung möglicher Verhältnisse und etwaigen Fehlverhaltens der Staatsregierung und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht unterliegenden Sicherheits-, Justiz-, Kommunal- und sonstigen Behörden im Freistaat Sachsen beim Umgang mit der als **‚Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘** bezeichneten neonazistischen Terrorgruppe, deren personell-organisatorischem Umfeld und etwaigen Unterstützernetzwerken, insbesondere im Hinblick auf ihre Entstehung, Entwicklung und ihr Agieren in bzw. von Sachsen aus sowie bei der Aufklärung, Verfolgung und Verhinderung der Terrorgruppe ‚NSU‘ und ggf. den mit ihr verbundenen Netzwerken zurechenbaren Straftaten und der Schlussfolgerungen hieraus (Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen)“ (Drs 5/8497)

Aktuelle Debatte:

Keine akademische Flickschusterei in Sachsen – **Hochschulen bedarfsorientiert finanzieren**

Anträge:

- **Personalpolitik** der Sächsischen Staatskanzlei bei Spitzenbeamten auf den Prüfstand
- Rechnungshofgutachten nach § 88 Abs. 3 SÄHO (Drs 5/7283)
- Ersatzlose **Streichung der Praxisgebühr** (Drs 5/0819)

In den Landtagsausschüssen wurden sieben **Anträge der LINKEN** behandelt, darunter drei zur Vorgehensweise staatlicher Stellen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Naziaufmärsche am 13./19. Februar 2011 in Dresden (Drs 5/6538, 5/5082, 5/6286).

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Drei ungleiche sächsische Schwestern: Chemnitz, Leipzig und Dresden

Fünf Jahre nach der ersten vergleichenden Betrachtung der drei sächsischen Großstädte Leipzig, Chemnitz und Dresden hat der **Sozialexperte der LINKEN Landtagsfraktion Dr. Dietmar Pellmann** eine aktualisierte Fassung seiner Aufsehen erregenden Sozialvergleichs-Studie vorgelegt. Gemeinsam mit **Dr. Barbara Höll**, der Sprecherin für Steuerpolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, stellte Pellmann seine Analyse-Ergebnisse unlängst vor und konstatierte: „Leipzig ist noch immer Sachsens Armuthauptstadt, Chemnitz ist zur deutschen Seniorenhochburg aufgestiegen und Dresden geht's von allen am besten.“

Bei seinen Recherchen stützte sich Pellmann ausschließlich auf

öffentlich zugängliches und von neutraler Stelle erstelltes Datenmaterial. Die Schlussfolgerungen nach den Zahlen jedoch folgen LINKER Sozialpolitik und sind ein Gegenentwurf zum System von parteipolitisch und ideologisch motivierter Bevorzugung und Benachteiligung, in deren Folge die aufgedeckten sozialen Schiefen erst möglich wurden.

Zur Erarbeitung der Vergleichsstudie betrachtete Pellmann folgende Bereiche: Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bevölkerungsentwicklung, Einkommensverhältnisse, Gesundheitswesen, Hartz IV, Haushalt und Fördermittel, Kinder und Jugend sowie Sozialhilfe. Die Wichtung aller Bereiche führt schließlich zum sog.

Sozialranking, nachdem Leipzig wie schon 2007 die sächsische Großstadt mit den gravierendsten sozialen Problemen bleibt. „In Chemnitz lebt inzwischen zwar die älteste Bevölkerung, hinsichtlich wichtiger sozialer Bereiche hat die Stadt in den letzten Jahren aber aufgeholt. Dresden wiederum hat nach wie vor die günstigste Entwicklungsperspektive, selbst wenn auch hier die Zahl derer, die als arm gelten, zugenommen hat“, fasst Dr. Pellmann zusammen.

Die neue Vergleichs-Studie kann für politische Entscheidungsträger sowohl auf Landesebene als auch in den drei Städten von Wert sein, insbesondere weil das Soziale im weitesten Sinne betrachtet wird. „Nun wäre es freilich wünschenswert, wenn es auch einmal zu einem Sozialvergleich der Landkreise käme. Das wäre aber angesichts des erheblich größeren Aufwandes im Vergleich zu dem bereits sehr anspruchsvollen Projekt des Großstadt-Vergleichs vielleicht wirklich einmal was für die Mitarbeiter-Stäbe der Ministerien, die zahlenmäßig die personellen Ressourcen einzelner Abgeordneten bzw. einer Landtagsfraktion weit in den Schatten stellen“, regt Pellmann an.



Die Studie „**Die ungleichen sächsischen Schwestern – ein Sozialvergleich zwischen Chemnitz, Leipzig und Dresden**“ kann unter www.linksfraktionsachsen.de (Publikationen, Broschüren) heruntergeladen oder bei der Landtagsfraktion DIE LINKE (Adresse s. Impressum) bestellt werden.

Vorstandswahl im Juli

Die Fraktion hat am 6. März 2012 einstimmig beschlossen, die zur Halbzeit der Legislatur anstehende Neuwahl des Fraktionsvorstandes auf Juli zu verlegen. Hintergrund sind noch ausstehende Klärungen zur Arbeitsstruktur und personellen Aufstellung der Fraktion mit Blick auf die Landtagswahlen 2014. In der Diskussion ist auch ein Wechsel des Fraktionsvorsitzenden Dr. André Hahn in den Deutschen Bundestag. Wenn die Partei so entscheiden sollte, hätte dies natürlich Auswirkungen auf die künftige Fraktionsspitze. André Hahn und Landesvorsitzender Rico Gebhardt wurden beauftragt, Gespräche mit den Gremien zu führen und bis Juli einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten.



MdB Dr. Barbara Höll



MdL Dr. Dietmar Pellmann

Mehr Bürgerbeteiligung in den Kommunen

Wie ist es zu schaffen, dass mehr Einwohnerinnen und Einwohner bei der Gestaltung des kommunalen Lebens mitwirken und sich in kommunale Entscheidungen einbringen? Dieser Frage gingen Kommunalpolitiker/innen aus ganz Sachsen im Rahmen des 3. Kommunalpolitischen Gespräches nach, zu dem die Linksfraktion am 20. März nach Dresden eingeladen hatte.

„Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung ist, die Einwohnerinnen und Einwohner aktiv in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens einzubeziehen. Je stärker eine Kommune ihre Bürgerinnen und Bürger an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt, desto lebendiger und erfolgreicher ist ihre Kommunalpolitik“, umreißt **Marion Junge, Fraktionssprecherin für Kommunalpolitik**, das Veranstaltungsmotiv.

DIE LINKE beobachtet, dass parlamentarische Entscheidungen zunehmend in nichtöffentlichen Lobbyrunden verhandelt werden und die Kommunal-Parlamente diesen schlussendlich nur noch zuzustimmen haben. „Diese Entmachtung der Parlamente führt zum langsamen

Sterben der Demokratie. Die Kommunen müssen dafür Sorge tragen, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner wieder mehr in die politischen und gesellschaftlichen Prozesse einbringen und an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden. Dazu müssen die jetzt Verantwortlichen umdenken: Weg vom elitären Führungsanspruch – hin zur Bürgerkommune“, so Marion Junge. Die Fraktion DIE LINKE will den Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft befördern und begleiten und hat in einem ers-

ten Schritt eine Handreichung zum Thema erarbeitet. Unter dem Titel „Kommunen stärken durch Einwohner-Mitbestimmung!“ werden Schritte auf dem Weg zur Bürgerkommune aufgezeigt und ihr Leitbild und ihre Merkmale umrissen. Als ein Beispiel zur Verankerung von Angeboten und Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung wurde die aktuelle Hauptsatzung der Stadt Borna in die Broschüre aufgenommen. Download unter www.linksfraktionsachsen.de. (Publikationen, Broschüren)



© Gerd Altmann / PIXELIO

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag